

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 7
August 2018

Irak

Trotz aller Probleme:

Wir sind beschenkt, dass wir hier sein dürfen.

Die Sommerhitze macht schwer zu schaffen, täglich 10 Stunden und mehr Zähneziehen, da fallen der Zahnärztin Holst abends die Arme ab, meint Mitarbeiterin Maria Stickel. Rechtshaberei, Eigenmächtigkeit und Gier von Mitarbeitern unterer Behörden hatten das Team einen gesamten Arbeitstag gekostet, der nur durch Mehrarbeit kompensiert werden konnte. Alles war so gut vorbereitet, die Genehmigungen des Hauptgesundheitsamtes für den Einsatz im Lager Shekhan, wo überwiegend christliche und jesidische und versprengte Flüchtlinge ethnischer Minderheiten leben, lagen vor, aber dann versuchten untergeordnete Bedienstete ihr eigenes Süppchen zu kochen, stellten neue Bedingungen auf, um die Ausländer unter Druck zu setzen. Dafür, dass sie helfen „dürfen“, sollten sie „blechen“. Ein Beamter hatte die Gruppe einbestellt, weil er den Einsatzplan geändert hatte: Statt

der genehmigten acht Tage sollte sie nur vier Tage im Lager Shekhan und drei Tage im Lager Garmawa, ca. 10 km entfernt von Shekhan zwischen christlichen Dörfern gelegen, arbei-

eingang: Das Sicherheitspersonal stellte die Gruppe auf eine Geduldprobe, ohne Anlass, einfach so. Es wollte zeigen, wer das Sagen hatte. IGFM-Mitarbeiter Al-Rasho, der alles auszuhandeln hat, hatte keinen leichten Stand. Als dann bekannt wurde, dass Al-Rasho Jeside ist, wurde er gefragt, ob er was gegen Muslime habe. Das Zahnarztteam wurde mit Opfern von Scharlatanen konfrontiert, die sie fotografisch festgehalten haben. Der extremste Fall betraf einen jungen Mann mit 12 schmerzhaft entzündeten Zahnstummeln, auf die ein „Zahnarzt“ ein undefinierbares Etwas von Plastikronen aufgesetzt hatte. Immerhin hat man einer jungen Frau mit fortgeschrittener Kieferentzündung eine OP im



Zahnarztteam im Einsatz

ten, in dem muslimische Flüchtlinge aus Mossul untergebracht sind. Vorsichtig geäußertes Zweifel an der Richtigkeit der Anordnung führte dazu, dass man die Gruppe warten ließ. Gleiche Erfahrungen am Lager-

Krankenhaus garantieren können, gespendet von Zahnärztin Dr. Holst. Die Arbeit im Lager Garmawa war eine besondere Herausforderung und nervenaufreibend: Das Team war schon am Eingang darauf hin-

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

in drei Monaten endet für die ersten Frauen, die vom Land Baden-Württemberg aufgenommen worden waren, weil sie von IS-Terroristen verschleppt, sexuell missbraucht, gequält und gedemütigt wurden, der dreijährige Schutz mit Trauma-behandlung. Zu einigen dieser Frauen, die wir schon im Irak bei der Verteilung von Hilfe eingesetzt hatten, haben wir auch in Deutschland einen engen Kontakt. Mitte Juni haben wir sie besucht und nach ihrer Entscheidung nach Ablauf der Schutzfrist befragt. Resultat: Alle wollen in Deutschland bleiben. Fast alle haben regelmäßig an den Therapien teilgenommen, fast alle haben

aktiv und selbstbewusst die deutsche Sprache gelernt, die jüngeren wollen einen qualifizierten Schulabschluss oder eine Berufsausbildung beginnen und die meisten von ihnen können sich vorstellen zu heiraten. Das Land Baden Württemberg hat sehr viel Geld in die Hand genommen, damit die Integration der Frauen gelingt. Sie wurden professionell therapiert und betreut, sie wurden gefördert, und es wurde kontrolliert, dass die freiwilligen Angebote auch angenommen wurden. Die Integration sollte gelingen. Die Frauen, die sich drei Jahre haben helfen lassen, sind dem Land Baden Württemberg und Deutschland sehr, sehr dankbar. Zwei Frauen in Schwäbisch Gmünd sprachen jedoch auch nach drei Jahren Aufenthalt kein

Wort Deutsch. Sie hatten nicht an Therapien und Deutschkursen teilgenommen, ihr Lebensinhalt war die Trauer um ermordete Angehörige. Sie hatten keine Sozialarbeiter an ihrer Seite: Wenn sie ein Anliegen hatten, nahmen sie den 10jährigen Sohn als Dolmetscher zur Behörde mit. Ihre Integration wird nicht gelingen. Im September werden wir unsere Befragung fortsetzen und auf andere Bundesländer ausdehnen. Mein Fazit: Integration kann beschleunigt werden, wenn man fördert und fordert.

Ihr

Karl Hafén



gewiesen worden, dass man nicht wisse, ob sich IS-Kämpfer unter den Flüchtlingen befänden. Die Patienten etwa 100 überwiegend sunnitische, strenggläubige Familien verschiedener Nationalitäten wie Kurden, Turkmenen und Araber. Bei fast unerträglicher Hitze von 42 ° C ungewohnt und stressig die Behandlung von bis auf einen Sehschlitz vollverschleierten Frauen, die nur unwillig ihre Gesichtsschleier für die Behandlung hoben. Unter den Patienten waren auch zum Islam konvertierte ehemalige Christen.

Jedoch alles erfolgreich verlaufen und das Fazit des Ärzteteams: Wir sind beschenkt, dass wir hier sein dürfen.

Dieses Team hatte ihren dritten Einsatz in den vergangenen zwei Jahren und glaubt festgestellt zu haben, dass sich in den Behörden mehr und mehr strenggläubige Muslime festsetzen, die die bisherige Offenheit gegenüber den ausländischen Helfern einschränken. Und auch der Vergleich der Lager, in denen Christen und Jesiden aufgenommen wurden mit denen, in denen Muslime leben, habe sich zum Nachteil der nichtmuslimischen Minderheiten verschlechtert. Aus Patientenmund hatten sie erfahren, dass in



Büro am Standort in Irak

den Lagern, in denen Muslime leben, wöchentlich Fahrten zu den Heimatorten organisiert würden, während für Christen und Jesiden vielleicht einmal monatlich. Bei vielen sei der Eindruck entstanden, dass man ihnen nicht das wiedergeben wolle, was ihnen durch den IS-Überfall geraubt worden sei. Die Diskriminierung mag per Dekret verboten sein, die Benachteiligung von Christen, Jesiden und einzelnen Volksgruppen ist Realität und bleibende Herausforderung. Die IGFM ist unbestechlich: Wir helfen Menschen, die unsere Hilfe brauchen und wollen. Wir verschließen unsere Augen aber nicht vor der Tatsache, dass Christen und Jesiden derzeit vorrangig Hilfe brauchen, weil ihre Gesamtsituation

und ihre Zukunftsaussichten schlechter sind, denn sonst verlassen auch sie den Nahen Osten und kehren nicht zurück.

Wegen der wochenlangen Aufenthalte unserer Hilfeteams im Nordirak fielen zu den Flugkosten oder der Begleitung der Lastzüge nicht unerhebliche Hotelkosten an. Seit die IGFM offiziell als Hilfsorganisation registriert ist, kommen neue Anforderungen auf uns zu. Wir haben daher ein Haus für die Dauer von vorerst sechs Monaten angemietet, die den IGFM-Helfern sowohl als Übernachtungsplatz und sicherer Rückzugsort als auch als Büro dienen, Miete plus Nebenkosten ca. 150 € im Monat. Im kommenden Monat wird die IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller erneut vor Ort sein, freigeverkaufte Frauen und Kinder anhören und unterstützen und medizinische Hilfe für ca. 10.000 € für Krankstationen bereitstellen, die sich auf die Hilfe für Christen und Jesiden konzentrieren. Bitte unterstützen Sie unsere Hilfe im Irak.

**Kennwort für Ihre Spende:
Irak Hilfe (89)**

IGFM-Weltweit – Neues aus den Sektionen

Bosnien:

Hilfstransport angekommen.

Gestern, am 03.07. 2018. ist der 9. Humanitäre Transport aus Wittlich in Prijedor. Bosnien Herzegowina, mit Wintersachen gut angekommen. Wir leiten jetzt die Sachen an die Familien und an die Organisationen weiter, die uns darum gebeten haben. Wir danken allen ehrenamtlichen Helfern der Arbeitsgruppe Wittlich und allen anderen, die in irgendeiner Weise dazu beigetragen haben. Mit besten Wünschen aus Prijedor und mit tiefer Dankbarkeit,

Euer Mirsad Duratovic

Die IGFM hilft Familien und Armen, die insbesondere in der Srpska Republika auch 13 Jahre nach Ende des Bosnienkrieges immer noch nicht entschädigt wurden und immer noch benachteiligt werden.

Nicaragua

Regierung von Daniel Ortega massakriert die Zivilbevölkerung

In Nicaragua herrscht Chaos. Präsident Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo klammern sich mit Gewalt an die Macht. Ortega, einst als revolutionärer Held gefeiert, machen die Studenten für die Verarmung der Bevölkerung, die Pressezensur und die Polizei- und Beamtenwillkür verantwortlich und verlangen seinen Rücktritt. Haydee Marin, langjährige Vizepräsidentin der IGFM, und Augenzeugin der Vorgänge in Nicaragua berichtete im Juni:

„Ortega hat die Polizei angewiesen zu schießen um zu töten. Es gibt bereits fast 170 Tote, meist Studenten. Unter den Leichen junger Menschen waren besonders viele, die an Kopf, Hals und Brust getroffen wurden, ein Muster, das beweist, dass Polizei und Scharfschützen gezielt auf Demonstranten schießen, um sie zu töten. Zur Verstärkung der Polizei hat Ortega kubanische und venezolanische Söldner rekrutiert, um die Zivilbevölkerung anzugreifen und einzuschüchtern. Die Stadt, die am stärksten von der Aggression der Polizei betroffen ist, ist die Stadt Masaya, 25 km von der Hauptstadt Managua entfernt. Während wochenlanger Angriffe plünderten Polizeieinheiten und Söldner die Stadt und legten Brände, während die Bewohner die demonstrierenden Studenten schützten und mit Essen versorgten. Die Kirchen der Stadt haben ihre Türen für die Opfer der Polizeiaggression geöffnet. In den wichtigsten Städten des Landes errichteten die Einwohner Barrikaden, um die Angriffe der nationalen Polizei zu verhindern. Wenn es keine Intervention von internationalen Organisationen in Nicaragua gibt, wird es ein Blutbad durch die Polizei, Paramilitärs und ausländische Söldner erleiden.“

Die Opfer des Fulani-Massakers bitten um unsere Hilfe

Religion ist in Nigeria ein hochsensibles Thema und verbunden mit Zugehörigkeit zu einer Ethnie politischer Sprengstoff. Ob es mehr Christen oder mehr Muslime in Nigeria gibt, ist jederzeit Ausgangspunkt politi-



scher Streitereien, und geografisch lässt sich eine Linie ziehen zwischen den muslimischen Bundesstaaten im Norden Nigerias, in denen die Sharia gilt, und den südlichen Bundesstaaten, in denen Christen und andere wohnen. An Gefährlichkeit hat der Volksstamm der Fulani die Terrororganisation Boko Haram schon längst überholt. Die Nomaden unter den Fulani ziehen mit riesigen Rinderherden durch das Land und verlangen

Wegerecht auch dort, wo sich die Menschen niedergelassen haben oder als Bauern Ackerbau und Viehzucht betreiben. Diese Sesshaften südlich der Linie der nördlichen Bundesstaaten sind überwiegend Christen, die sich nicht vertreiben lassen wollen. Immer wieder kommt es zu schweren Gewaltakten, die alleine in den vergangenen drei Jahren über 4000 Menschen das Leben gekostet hat. Der jüngste Angriff geschah am 23. Juni im Bundesstaat Plateau, dessen Gebiet mit einer langgezogenen breiten Spitze die nördlichen, muslimischen Bundesstaaten Kaduna und Bauchi zu spalten scheint.

Die Vorgehensweise ist wie bei früheren Überfällen beobachtet, gleich: Die sesshaften Bauern hindern Fulani-Hirten daran, das Vieh über ihre Felder zu treiben; die Fulani weichen zurück und kommen irgendwann später bewaffnet zurück,

um sich ihren Weg zu erzwingen. Am 23. Juni überfiel eine Gruppe bewaffneter Fulani in der Nähe der Dorfgemeinschaft Barkin Ladi unterhalb der Großstadt Jos im christlichen Bundesstaat Plateau eine christliche Trauergesellschaft von der Volksgruppe der Berom. Augenzeugen sprachen danach von 120 Todesopfern.

Pam Gwom, der Gemeindeälteste, erzählte: „Wir lebten in Frieden bis Donnerstag, den 22.6., als wir morgens in einiger Entfernung von unserer Gemeinde Schüsse hörten. Wir haben sofort gewusst, dass es Fulani waren. Nigerianische Armeeoffiziere schickten ihre Leute in das Gebiet. Als es dann aber klar war, dass die Fulani die Gemeinde erreicht hatten, begannen wir zu laufen. Ich lief zum

tige Kritik an Polizei und den Streitkräften, denen es fast nie gelingt, derartige Angriffe zu verhindern oder Angreifer zu fassen. IGFM-Mitarbeiter Dr. Emanuel Ogbunwezeh, selbst Nigerianer, meint: „Während die Sicherheitskräfte bei der Verfolgung der islamistischen Terrororganisation Boko Haram bedacht darauf sind, den Anschein zu erwecken, diese zu bekämpfen, ignorieren sie die Angriffe der Fulani weitgehend. Die nigerianische Regierung unter Präsident Buhari ergreift immer mehr Partei für die muslimischen Volksgruppen und ignoriert das Sicherheitsbedürfnis der christlichen Volksgruppen im Süden des Landes.“

200 Einwohner von Barkin Ladi haben für die nächsten Monate Zuflucht in einem rasch eingerichteten



Camp mit christlichen Flüchtlingen aus Barkin Ladi

Notlager der Katholischen Kirche in Jos gefunden, das von der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, mit der die IGFM immer wieder gerne zusammenarbeitet, geführt wird. Sie hat uns um Unterstützung von 5000 € für die nächsten beiden Monate gebeten für die Versorgung mit Essen, Medikamenten und Verbandsmaterial und Schlaf-

säcken. Weil nicht abzusehen ist, wann die Flüchtlinge zurückkönnen, soll auch ein Trinkwasserbrunnen gebohrt werden. Die Dörfer in Barkin Ladi sind alle verlassen und sehen wie Friedhöfe aus. Bitte ermöglichen Sie uns durch Ihre Spende, den Flüchtlingen zu helfen.

**Kennwort für Ihre Spende:
Nigeria (32)**

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
Bank für Sozialwirtschaft



Deborah Akudung war verzweifelt: „Ich hörte Gewehrschüsse und rannte aus dem Haus. Ich habe acht Häuser gesehen, die in Flammen standen, es waren sicher mehr. Ich habe die gesamte Zeit gebetet, dass meine Familie überlebt. Wie viele im Ort waren, kann ich nicht sagen. Einige fühlten sich schon vor dem Überfall nicht mehr sicher und waren zu Verwandten nach Jos gezogen.“

Schon seit Jahren übt die IGFM hef-

Gerichte sprechen Recht, sind keine politischen Erfüllungsgehilfen

Da wo Russisch gesprochen wird, recherchieren und berichten russischsprachige Journalisten. In der Ukraine verdienten bis zum Abspaltungsversuch in der Ostukraine und der vollzogenen Annexion der Krim Journalisten ihr Brot in Diensten russischer Zeitungen, Magazinen, Rundfunk- und Fernsehanstalten. Die Sanktionen gegenüber Russland bedeuteten für diese Journalisten, brotlos zu werden, was einem Berufsverbot gleichkam. Die, die ihre Berichterstattung fortzusetzen versuchten, liefen Gefahr, verhaftet und verurteilt zu werden.

Der mehrfach ausgezeichnete ukrainische Journalist Vasily Muravitzky, 33 Jahre alt aus Zhytomir, einer Großstadt westlich von Kiew, wurde am 2. August 2017 fest- und in Untersuchungshaft genommen. Nach Anhörungen am 24. Oktober 2017 wurde Anklage erhoben wegen Landesverrat, Verletzung der territorialen Integrität, Gründung einer terroristischen Vereinigung und Verletzung der Gleichheit der Bürger. Begründet wurde die Anklage damit, dass die Webseiten und Veröffentlichungen von Russland aus und von Territorien aus geschahen, die nicht unter der Kontrolle und Verwaltung des ukrainischen States standen.

Die Festnahme erfolgte in einem Entbindungsheim, wo seine Frau gerade das erste gemeinsame Kind geboren hatte. Angesichts der Tatsache, dass der Journalist seine Einkünfte aus seiner Tätigkeit in der Ukraine ordentlich versteuert und nicht versucht hatte, sich vor Behörden zu verstecken, wurde die Verhaftung zur politischen Affaire mit einer Warnung an alle Journalisten, die Kontakt zu russischen Medien hatten. Durch Zeitpunkt und Ort der Festnahme sollte psychischer Druck auf den Angeklagten und seine Familie aufgebaut werden. Muravitzkys Anwalt erhielt zudem erst zwei Tage nach der Verhaftung Zugang zu seinem Mandanten. Diese Umstände, seine bisherige Unbescholtenheit und das vorgesehene Strafmaß von 12 bis 15 Jahren waren Anlass für die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), das Verfahren zu beobachten. Während des Verfahrens wurde

Muravitzky vorgeführt wie ein gefährlicher Gewaltverbrecher in einem Gefängniskäfig. Dem Antrag seiner Anwälte, in der Nähe des Angeklagten sitzen zu dürfen, wurde vom Gericht nicht entsprochen. Die IGFM hatte wiederholt dazu erklärt, dass ein Beschuldigter, der keine Möglichkeit hat, während des Verfahrens direkt mit dem Anwalt zu kommunizieren, nicht als vollwertiger Teilnehmer am



Vassily Muravitzky grüßt zuversichtlich aus dem Gefangenenkäfig

Verfahren betrachtet werden kann. Die Beweggründe des Gerichts seien nicht nachvollziehbar, da es in anderen Verfahren anders entschieden habe. Zum Schluss ordnete das Gericht die weitere Inhaftierung in U-Haft bis zur nächsten Anhörung am 27. Juni 2018 an. Die IGFM wies die Staatsanwaltschaft auf Verstöße gegen die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie auf strafrechtliche Verfahrensvorschriften bezüglich der langen Inhaftierung in Untersuchungshaft hin.

Die Anhörung fand vor dem Korolevsky Bezirksgericht von Zhitomir statt und endete mit einer Kehrtwende: Das Gericht bestätigte der Staatsanwaltschaft, bislang keine ausreichenden Beweise für ihre Anklagepunkte vorgebracht zu haben. Daher und geleitet von der Praxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte entschied das Gericht, dass mit Hausarrest rund um die Uhr dem „Sorgerecht für den Aufenthalt des Angeklagten“ Genüge getan sei.

Die IGFM sieht diese Entscheidung als bedeutend an, die auch auf andere ähnliche Verfahren, die von der IGFM in ihrer Broschüre

„Das Recht auf ein faires Verfahren in der Ukraine“ beschrieben wurden, Anwendung finden könne. Die IGFM hatte insbesondere die überlange Wegsperrung von bis zu vier Jahren in U-Haft anhand von neun aktuellen Fällen politisch beeinflusster Verfahren dokumentiert. Für Vasily Muratsky bedeutet es zwar ständige Überwachung, aber auch, nach 11 Monaten U-Haft seinen Sohn kennenlernen zu können. Er dankte der IGFM für ihre Rolle als Prozessbeobachter und ihren mitentscheidenden Einsatz.

Sowohl die Veröffentlichung der Broschüre als auch der aktuelle Erfolg haben dazu geführt, dass sich zahlreiche Verteidiger an die IGFM gewandt haben, um sie zur Beobachtung ihrer Verfahren zu bewegen. Die Prozessbeobachtung nehmen ehrenamtlich von der IGFM beauftragte Anwälte wahr. Lediglich Fahrtkosten, Verpflegung und Kosten für die Bestellung eines Berichts – maximal etwa 50 € - pro Beobachtungstag werden gegen Nachweis erstattet. Die IGFM hegt die Hoffnung, dass die Beobachtung durch die IGFM, die anschließende Bewertung und Herstellung von Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Notwendigkeit rechtsstaatlicher Verfahren positiv beeinflusst. Wir bitten Sie herzlich um Unterstützung der großartigen Arbeit unserer ukrainischen Sektion und des Leiters des Beobachterprojekts Rechtsanwalt Anton Alexejew.

**Kennwort für Ihre Spende:
Ukraine (39)**

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Karl Hafen

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach

Sektion Schweiz:

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,

Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.